

C. Sachantrag an den 13. Landesparteitag

C.3. Schul- und bildungspolitische Offensive jetzt!

EinreicherInnen: Cornelia Falken, Claudia Jobst, Sören Pellmann

UnterstützerIn: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen:

Schul- und bildungspolitische Offensive jetzt!

I. Der Landesparteitag stellt fest:

1. Sachsen gehört zu den Bundesländern mit dem rückständigsten Schulsystem und ist insbesondere weit davon entfernt, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen einzuräumen. Dafür spricht vor allem das erzkonservative dreigliedrige Schulsystem, das Bildungswege viel zu früh festschreibt und damit vor allem Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen benachteiligt. In einem reichlichen Vierteljahrhundert ist es so weitgehend gelungen, das überwunden geglaubte bürgerliche Bildungsprivileg wieder zu etablieren.
2. Die Hauptverantwortung für diese Entwicklung trägt die CDU, aus deren Reihen seit 1990 alle bisherigen sächsischen Kultusminister kamen. Auch die SPD trägt als zwischenzeitlicher und gegenwärtiger Juniorpartner der CDU-geführten Staatsregierungen eine Mitverantwortung; zumindest ist es ihr zu keiner Zeit gelungen, der sozialen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen ernsthaft entgegen zu wirken.
3. An zahlreichen Schulen kann schon seit längerer Zeit die vollständige Unterrichtsabsicherung nicht mehr gewährleistet werden. Das lässt sich auch durch statistische Trickserei der Kultusbehörden nicht kaschieren. Solche „Gegenmaßnahmen“ wie Kürzung der Stundentafel, Anhebung der Klassenstärken, Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden der Lehrkräfte sowie die „stille Beschäftigung“ sind Ausdruck der entstandenen Misere. Gäbe es nicht das verantwortungsbewusste Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer sähe die Lage noch weit dramatischer aus.
4. Schon heute haben wir in Sachsen, gemessen an den meisten anderen Bundesländern, Lehrer*innenmangel. Die Verantwortung dafür trägt insbesondere die CDU. Zahlreichen Protesten der Gewerkschaften sowie der Eltern- und Schüler*innenvertretungen wurden ebenso ignoriert wie die Vorschläge der LINKEN. Problemleugnen und Aussitzen sind bis heute Regierungspraxis. So sind die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht bereit, ein seit langem überfälliges Personalentwicklungskonzept für den Schulbereich vorzulegen. So bleiben eine Reihe von Fragen unbeantwortet: Wie will Sachsen dem zu erwartenden Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler begegnen? Welche Vorstellungen gibt es, um der Tatsache zu entsprechen, dass bis 2030 ca. vier Fünftel des Lehrpersonals an Schulen aus Altersgründen ausscheiden wird? Wie lange will Sachsen noch hinnehmen, dass ein beträchtlicher Teil der hier ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer in andere Bundesländer abwandert, weil die dort anzutreffenden Arbeits- und vor allem Gehaltsbedingungen wesentlich günstiger als im Freistaat sind? Wann endlich gibt es ein tragfähiges Konzept zur allumfassenden Durchsetzung inklusiver Bildung? Welchen Stellenwert werden künftig Privatschulen haben?

II. DIE LINKE Sachsen strebt eine schul- und bildungspolitische Offensive an und setzt sich in diesem Rahmen vor allem für folgende Schwerpunkte ein:

1. Überwindung des dreigliedrigen sächsischen Schulsystems und gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse.
2. Herstellung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen durch umfassende Förderung Benachteiligter.
3. Wesentliche Aufstockung der finanziellen Mittel für den Schulbereich, ggf. durch Umschichtung und Prioritätsveränderung im Landeshaushalt.
4. Keine Aufstockung der wöchentlichen Pflichtstunden für Lehrkräfte und gleichzeitige Begrenzung der Klassenstärken auf 25 sowie 23 in Integrationsklassen.
5. Raschere Schaffung notwendiger personeller, finanzieller, struktureller und baulicher Voraussetzungen für flächendeckende inklusive Bildung.
6. Unverzügliche Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes im Schulbereich für den Zeitraum bis 2030.
7. Erweiterung der Ausbildungskapazitäten an sächsischen Universitäten und Hochschulen für den Lehrerberuf.
8. Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern, ggf. auch durch Rückholung von Abgewanderten, um die Altersabgänge zu kompensieren und gleichzeitig dem Anwachsen der Schülerzahlen zu entsprechen.
9. Gerechte Einstufung des pädagogischen Personals und Orientierung der Gehälter zumindest am Bundesdurchschnitt.
10. Begrenzung des Anteils des Privatschulsektors und Stärkung des öffentlichen Schulbereiches.

III. Was können wir tun?

1. Neues Schulgesetz – IST-Stand und Arbeitsauftrag

Im Herbst 2015 gab es von Seiten der Fraktion in Person von Cornelia Falken eine Bildungstour zum neuen Schulgesetz durch alle Landkreise in Sachsen. Teilnehmende waren unter anderem Vertreter*innen von Kreiseltern- und Kreisschüler*innenräten, Schulleiter*innen und/oder Lehrer*innen. Dazu gab es eine Broschüre und die Tour wurde ausgewertet. Derzeit planen die Kreisvorstände bzw. die Genoss*innen vor Ort eine zweite Veranstaltungsreihe.

Das Bildungsministerium erarbeitet einen neuen Schulgesetzentwurf. Die Zeitschiene, die das Ministerium vorsieht, ist recht eng geplant:

- bis April 2016 – fertiger Gesetzentwurf im Kabinett
- Mai 2016 – 1. Lesung SLT
- August/September 2016 – Anhörung
- November 2016 – Beschluss

Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 6/5078) ist es die Aufgabe der Fraktion, Änderungsanträge zu unseren gesetzten Schwerpunkten (siehe II.) zu formulieren.

Diese Punkte sollen inner- und außerhalb der Partei diskutiert werden. Dazu bedarf es Veranstaltungen innerhalb der Partei, vor allem aber auch mit Vertreter*innen aus der Bildungslandschaft.

Für den Landtagswahlkampf 2019 ist von Seiten der Fraktion geplant, ein eigenes Schulgesetz zu schreiben. So kann das Thema Bildung in all seinen Facetten im Wahlkampf eine tragende

Rolle spielen und in einem eigenen Schulgesetz für die neue Fraktion münden. Im eigenen Gesetz sollen natürlich unsere Forderungen aus den Bildungspolitischen Leitlinien einfließen.

2. „Schule in Not“

Der Personalmangel an staatlichen Schulen, aber auch an den Schulen in freier Trägerschaft, ist enorm. Derzeit gibt es diesbezüglich eine Unterschriftenaktion der GEW („Schule in Not“), um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Wenn dies abgeschlossen ist, wird die Fraktion mit einer etwas drastischeren Formulierung der Problematik „Notstand an Sächsischen Schulen“ in das Thema einsteigen. Die Partei sollte sich parallel mit einbringen.

Dies kann in folgender Form passieren:

- Unterstützung der Unterschriftenaktion
- Veranstaltungen in den Kreisen (auch in Zusammenarbeit mit der GEW)
- publik machen in den Medien (Homepage, Pressemitteilungen, Web 2.0, evtl. Printmaterial)

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____